Berliner Montagspost

unabhängig – für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit – 2. November

Nr. 22/15

Die Universität Witten/Herdecke lud ein

von J. Möbius

Am 29.10 hielt Herr Dr. Daniele Ganser seinen Vortrag zum Thema: „Wer kontrolliert die vierte Gewalt". Der schweizer Historiker präsentierte seine Thesen auf Einladung der Fakultät für Kulturreflexion. Wenn es nach dem Willen der ortsansässigen u.a. Bündnis 90/ Die Grünen, der SPD, der Piraten und der Antifa gegangen wäre, hätte die Uni Herrn Ganser wieder ausladen sollen. In einem Brief an die Uni erläuterte man sehr umfassend, warum man Herrn Ganser keinen Raum bieten sollte. Der Brief war nur so gespickt mit Unterstellungen und Schlussfolgerungen die geeignet waren Herrn Ganser als „Verschwörungstheoretiker" ins Abseits zu stellen. Mit so einem sollte sich die Uni nicht abgeben! Die Verfasser des Briefes zogen alle Register, nach deren Meinung waren doch die Umstände um 9/11 voll aufgeklärt. Wem sich dazu noch ernsthaft Fragen stellen, hält es auch für möglich das die Pyramiden von Außerirdischen errichtet wurden. Gansers Thesen wurden so seriös eingeschätzt wie die von Erich von Däniken. Herr von Däniken ist seit über 40 Jahren ein Verfechter der UFO-Theorie. Man mochte in Witten schon einmal keine Verschwörungstheoretiker. Damals, im März 2015 hatte sich die selbe Gruppe, die diesen Brief schrieb, mit 250 Wittenern gegen eine Veranstaltung mit rechtspopulistischen Verschwörungstheoretikern gewährt. Jetzt rückte man Herrn Ganser auch gerne in die Nähe mit dem, nach ihrer Meinung, Rechtspopulisten Jürgen Elsässer. Schließlich so wusste man zu berichten, wären beide schon mal bei einer Veranstaltung gesehen worden. Auch sah man Herrn Ganser mit der AIDS-Leugnerin Frau Juliane Sacher, die man von dem Sekten Gründer Ivo Sasek (Anti-Zensur-Konferenz und Stimme & Gegenstimme) kennen dürfte. Der Herr Sasek wiederum gab einer Holocaust-Leugnerin die Möglichkeit sich vor einem großen Publikum zu äußern (AZK 2012, Sylvia Stolz). Weiter heißt es: Immer wieder führte Herr Ganser mit Ken Jebsen, der auch zu der Verschwörungstheoretikerszene gehört, Interviews. Der wiederum ist ein Anhänger der rechtsoffenen „Mahnwachen für den Frieden". Gansers Medienkritik kommt mit einer etwas vornehmeren Art und Weise daher, nicht so wie bei PEGIDA: "Lügenpresse halt die Fresse". Seine Anhängerschaft setzt sich höchstwahrscheinlich auch nur aus AFD und PEGIDA Gängern zusammen.

Anm. d. Red.: Es lohnt sich den ganzen Brief zu lesen. (1)

Freitag wurde uns auf ein Telefonat hin bestätigt, dass die Veranstaltung wie geplant mit Herrn Ganser stattfand.

Arbeitsplatz-Vernichter Deutsche Bank

von NRhZ/DL

„Die Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei der notwendigen Neuordnung des Finanzsektors kostet tausende Arbeitsplätze. Anstatt als Konsequenz aus der globalen Finanzkrise und unzähliger strafbarer Manipulationen die Deutsche Bank strikt zu regulieren und wieder zu einem Diener der Realwirtschaft zu machen, ließ Merkel die kriminelle Vereinigung mit angeschlossenem Bankgeschäft unangetastet", kommentiert Sahra Wagenknecht den angekündigten Arbeitsplatzabbau bei der Deutschen Bank. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: „Die Regierung muss endlich ihre Verantwortung für den Finanzsektor wahrnehmen, indem sie den notwendigen Bedarf an Bankdienstleistungen für die Bevölkerung sicherstellt und die Investmentbank-Zockerei zu Lasten der Steuerzahler verbietet. Außerdem ist die herrschende Politik dafür verantwortlich, dass die Postbank zunächst privatisiert, später von der Deutschen Bank gekauft und jetzt von dem angeschlagenen Konzern zum Schaden der Angestellten zum bestmöglichen Preis wieder verhökert wird. DIE LINKE fordert, Großbanken streng zu regulieren, demokratisch zu kontrollieren und in öffentliches Eigentum zu überführen." (2)

Angriffskriege der Amerikaner

von F. Bilstein

Es gibt kein Land auf dieser Welt, welches in diesem Jahrhundert so oft das Internationale Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachtet hat, wie die USA. Die Vereinten Nationen und deren Friedensordnung wird konsequent übergangen. Das begann im Jahre 2003 mit der sogenannten Koalition der Willigen. Es wurde ein Krieg ohne Legitimation der Vereinten Nationen gegen den Irak geführt. Das war der Beginn der Instabilität des Nahen Ostens und der Beginn eines amerikanischen Raubzuges durch diese Gebiete. Mittlerweile sind durch offizielle, wie auch häufig inoffizielle, Interventionen der Amerikaner mehrere Länder komplett ins Chaos versunken. Die Strukturen der Länder sind komplett zerstört.

Unsere damalige Regierung unter Gerhard Schröder hat diesen Einsatz seinerzeit noch abgelehnt und somit wurde Deutschland von einem Partner zu einem sogenannten „Schurkenstaat". Denn laut der Aussage vom damaligen amerikanischen Präsidenten, Bush, ist man entweder mit der Koalition der Willigen oder man ist gegen Amerika.

Gabriels grenzenlose Waffenexporte

von NRhZ/DL

„Die Zahlen machen eines klar: Gabriels vollmundige Ankündigung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik war nur hohles Gerede", kommentiert Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, die Rüstungsexportzahlen des ersten Halbjahres. Van Aken weiter: „Das, wofür Gabriel im letzten Jahr noch zwölf Monate gebraucht hat, hat er in diesem Jahr schon in einem Halbjahr geschafft: Rüstungsexporte für über sechs Milliarden Euro! Anstatt die tödlichen Exporte zu reduzieren, ist er auf dem Weg zu einem Allzeithoch. Vollkommen fassungslos macht, dass auch noch Rüstungsexporte an die Golfstaaten genehmigt wurden, die Krieg im Jemen führen. Was Kriegs- und Krisengebiete sind, die ja angeblich nicht beliefert werden dürfen, definiert die Bundesregierung offenbar nach Gutdünken. Das zeigt aufs Neue, dass klare, gesetzliche Verbote nötig sind, um Waffenexporte zu stoppen. Sonst findet sich immer ein willfähriger Minister, der die Despoten am Golf mit Kriegsmaterial ausrüstet." (4)

Sklaverei in den USA

von F. Bilstein

Offiziell ist die Sklaverei in Amerika mit dem 13. Verfassungszusatz von 1865 abgeschafft. (3) Doch ist in diesem Verfassungszusatz eine Art der Sklaverei ausgeklammert. Denn in Amerika ist jeder Verurteilte Straftäter, auch für kleinste Vergehen, verpflichtet seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Das ist auch in anderen Ländern der Welt so und ist nicht gerade etwas besonderes. Aber wenn man sich mal die Entwicklung der Inhaftierten der USA in diesem Jahrhundert ansieht, fällt einem doch etwas deutlich auf. Sie steigen enorm an und das obwohl die Kriminalitätsrate in den USA eigentlich absinkt.

Das hat mit der „Privatisierung" der Gefängnisse zu tun. Da Inhaftierte zur Zwangsarbeit gezwungen werden dürfen und somit „private" Betreiber einer Haftanstalt über billigste Arbeitnehmer für den Markt verfügen können, gibt es weltweit die meisten Inhaftierten in den USA. Es sind bereits über Zwei Millionen Menschen in den amerikanischen Gefängnissen und es werden täglich mehr...

Termine

Berliner Mahnwache
für den ersten Weltfrieden
9.11., 16.11., 23.11.
& 30.11.
immer Montags 18 - 21 Uhr
wahrscheinlich am
Wittenbergplatz
(genaueres auf mahnwachen.info)

Antimillitaristische
Demonstration
Zapfenstreich abpfeifen
Bundeswehr auflösen
Mittwoch 11.11.
Rosenthaler Platz
Berlin
17 Uhr (9)

Kein NATO-Kriegsrat
in Essen
21.11.
Hirschlandplatz
Essen
11:57 Uhr (10)

Fragt Friedrich



von A. Blackmore

Heute zu Fragen der Außen- und Bündnispolitik.

A.B.: Majestät, beim letzten Mal sprachen wir über Innen- und Sicherheitspolitische Fragen. Nun erlebt unser Land -

F. II: Zum Teil ist es auch Unser Land, vergesse sie das nicht! Darum schmerzt es Uns so sehr, dem momentanen Elend zuzuschauen!

A.B.: - eine Situation, in der deutlich wird, wie sehr außenpolitische Fragen die Harmonie im Inneren tangieren können. Habt Ihr ähnliche Erfahrungen in Eurer Zeit gemacht?

F. II: Falls sie auf die Flüchtlingsbewegung anspielt, die das Land gerade unerklärlicherweise an seine Belastungsgrenzen bringt, nein. Es hat zu Unserer Zeit zwar immer wieder Neusiedler gegeben, aber große Fluchtbewegungen nach Preußen gab es nicht. Es wäre aber kein Problem gewesen, eine solche Bewegung zu bewältigen, denn Wir hatten ein hervorragendes Konzept bereit. Hierzu möge sie Unseren Urgroßvater befragen. Jener große Fürst hatte jedoch keinen Einfluss auf das Entstehen dieser Flüchtlingsströme, er konnte nur aus großer Not große Tugend machen. Der Wahnsinn heute ist, dass eine Regierung selbst zu dem Problem beiträgt, das sie dann überrollt.

A.B.: Wie hat nach Eurer Majestät Ansicht die Bundesregierung dazu beigetragen, dass Hunderttausende von Syrern vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat fliehen?

F. II: Sehe sie sich doch an, mit wem das Land verbündet ist – und zu welchen Konditionen! Kein Herrscher, der bei Sinnen ist, wird sich mit einer Macht verbünden, die um ein Vielfaches stärker ist und mächtig genug, ihn erst recht in den Abgrund zu stoßen. Und dieser dann erlauben, des eigene Territorium als Basis für die Kriege zu nutzen, die diesen Abgrund herbeiführen! Als Unser Urgroßvater, noch dem Kaiser gegen den Überfall der Franzosen beistehend, vom Angriff der Schweden auf Brandenburg erfuhr, wäre es ein Leichtes gewesen, dem Rat seiner Minister zu folgen und Russland zu Hilfe zu rufen. Aber zu jener Zeit waren die Moskowiter so sehr auf die Ausweitung ihrer Macht versessen, dass, hätte man sie einmal von der Kette gelassen, sie kaum mehr einzufangen gewesen wären. Aus dem Helfer gegen den Feind wäre der Hegemon geworden und Preußen zum Spielball seiner Machtpolitik. So hat der Große Kurfürst den schwereren, letztlich aber der Sicherheit des Landes dienlicheren Weg gewählt und sich auf die eigene Stärke allein und einige ebenbürtige Bündnispartner verlassen.

A.B.: Was Preußen in die Lage versetzte, in wechselnden Bündnissen seine eigene Politik zu verfolgen.

F. II: Und nicht in Kriege hinein gezogen zu werden, die weder klug noch gerechtfertigt sind, aber durch Bündnistreue zur Pflicht werden.

A.B.: Liegt nicht in einer solchen ambivalenten Bündnispolitik auch ein Beigeschmack von Unberechenbarkeit und Treulosigkeit?

F. II: Nonsense! Politische Allianzen sind Zweckbündnisse, keine Ehen - sie werden aus Interessenlagen heraus geschlossen, nicht aus Leidenschaft!

A.B.: Die Worte „Ehe" und „Leidenschaft" aus Eurer Majestät Mund in einem Atemzug zu hören, macht dieses Gespräch allein schon unvergesslich!

F. II: Falls sie mit dieser Bemerkung Esprit beweisen wollte, ist ihr das gründlich misslungen! Aber bleiben wir seriös! Ein Bündnis muss den Interessen beider Partner dienen. Wenn eine Partei auf Grund ihrer Überlegenheit die Souveränität der anderen missachtet, bis diese zu einem Vasallen und ihr Staatsgebiet zum Aufmarschplatz fremder Truppen für fremde Schlachten verkommt, dann wird Bündnistreue zum Verrat! Wie Napoleon zu Zeiten Unseres Großneffen benutzt eine Großmacht dieses Land als Sprungbrett zur Weltherrschaft und wie damals trägt Deutschland einen großen Teil der daraus resultierenden Lasten. Längst sind nicht mehr die Moskowiter das Problem, wie zu Zeiten Unseres Urgroßvaters. Wie zu Napoleons Zeiten versprechen sie Teil der Lösung zu sein. Unser Großneffe hat es spät begriffen, aber nicht zu spät.

A.B.: Majestät, ich danke Euch für dieses Gespräch! [5]

Berlin liefert Panzer in den Krieg

von NRhZ/DL

„Diese Bundesregierung hat bei den Waffenexporten offenbar jegliche Hemmung verloren. Merkel, Steinmeier und Gabriel machen sich mitschuldig an den Toten im Jemen, wenn sie jetzt noch weiter Kriegswaffen nach Katar oder an andere Golfstaaten liefern," kommentiert Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher und Rüstungsexperte der Fraktion DIE LINKE, Medienberichte, nach denen aktuell vier Kampfpanzer und drei Panzerhaubitzen nach Katar ausgeliefert wurden. Van Aken weiter: „Jetzt versucht Gabriel hektisch, die Schuld wahlweise auf die Vorgängerregierung oder auf andere Ministerien zu schieben. Fakt ist aber, dass er diesen Export hätte stoppen können und es nicht getan hat - obwohl Katar seit Monaten am Krieg im Jemen beteiligt ist. Diese Waffenlieferung hätten nie stattfinden dürfen. Jetzt von Katar eine Zusicherung zu verlangen, die deutschen Panzer nicht im Jemen einzusetzen, ist das Eingeständnis völligen Versagens. Gabriel hat auf der ganzen Linie versagt." [6]

Cooper II

von F. Hauschild

Ann Coopers kürzlich gehaltenes Seminar, in dem sie, unterstützt von der US-Botschaft, Studenten der FU Berlin vor dem Konsum von RT warnte, war kein einmaliges Event. Auch in anderen Städten hat Cooper bereits ihren Vortrag zum Besten gegeben oder wird dies noch tun. Immer dabei unter den Organisatoren: Die US-Botschaft und ihre deutschlandweiten Konsulate. Warum sich die US-Botschaft so viel Mühe gibt, um die Bekanntheit von RT zu steigern, konnte bisher noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Stecken prorussische US-Botschaftsangestellte hinter dem Guerilla-Marketing-Coup? [7]

Gleichzeitig ist RT in den USA in drei Kategorien für den renommierten EPPY-Award nominiert. [8]

Es gibt keine großen Entdeckungen und Fortschritte, solange es noch ein unglückliches Kind auf Erden gibt.

Albert Einstein

Quellen und weiterführende Links:

[1] statusquo-news.de/redeverbot-fuer-dr-ganser-gruene-spd-und-antifa-poltern-gegen-uni-witten
[3] Download der Verfassung als PDF, Botschaft USA: usa.usembassy.de/etexts/gov/gov-constitutiond.pdf
[5] Friedrich II von Preußen: „Antimachiavell" – Christopher Clark: „Preußen, Aufstieg und Niedergang"; Deutsche Verlagsanstalt München 2007
[7] deutsch.rt.com/35295/inland/maulwurf-in-der-botschaft-us-vertretung-schickt-ann-cooper-auf-deutschlandtour-um-fuer-rt-zu-werben
[8] www.eppyawards.com [9] facebook.com/events/454072021446227 [10] facebook.com/events/1505944943052958
[2, 4, 6] Diese Artikel haben wir mit Dank von der Neuen Rheinischen Zeitung übernommen - www.nrhz.de

Die Berliner Montagspost bitte mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Impressum:
Die Berliner Montagspost ist ein Organ der Berliner Montagsmahnwache und Ihrer Teilnehmer. Ihre Artikel erhält sie von Ihrer Leserschaft und aus dem Internetz. Sie erscheint jeden zweiten Montag und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.
Download:
www.mahnwache.info/index.php/inhalt/berliner-montagspost

Verantwortlich für den Inhalt:
Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser, sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. Berliner Montagspost-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wieder.
Redaktion:
Martin Klimke, Berlin
stellvertretender Chefredakteur:
Lars Mährholz, Berlin

www.mahnwachen.info www.kenfm.de www.wearechange.org www.free21.org www.rtdeutsch.com www.rt.com www.n23.tv
www.nrhz.de www.mmnews.de www.nachdenkseiten.de www.ossietzky.net www.hinter-den-schlagzeilen.de www.wakenews.net